

Das Leben leichter machen

Das macht die SPD-Fraktion für Arbeitnehmer:innen

Jede Arbeit verdient Respekt und Anerkennung. Dazu gehören sichere Arbeitsplätze, angemessene Löhne und eine gerechte Besteuerung. Wir arbeiten daran, dass Miete und Energie für alle bezahlbar bleiben. Wer keine Arbeit hat, erhält bessere Unterstützung und mehr Chancen.



75 Jahre

SPD
Fraktion im
Bundestag

Mehr Einkommen

- **Mindestlohn erhöht.** 5,8 Millionen Beschäftigte haben seit Oktober 2022 durch die Erhöhung auf 12 Euro mehr Geld in der Tasche. 2024 ist der Mindestlohn auf 12,41 Euro pro Stunde gestiegen, 2025 werden es 12,81 Euro sein. Minijobber:innen können ab 2025 558 Euro verdienen. Die Grenze für Midijobber:innen wurde auf 2.000 Euro erhöht. Sie zahlen nun weniger Abgaben und behalten ihre Rentenansprüche.
- **Kalte Progression abgebaut.** 48 Millionen Bürger:innen zahlen nun weniger Steuern und profitieren von höheren Freibeträgen. Rentenbeiträge sind nun voll absetzbar.
- **Günstiger unterwegs mit dem Deutschlandticket.** Pendeln zur Arbeit mit den Öffentlichen ist klimafreundlicher – und mit dem Jobticket wird es noch preiswerter.
- **Wir haben das Kindergeld auf 250 Euro erhöht.** Der Höchstbetrag des Kinderzuschlags ist auf 292 Euro gestiegen. 2022 haben alle Eltern einen Kinderbonus von 100 Euro pro Kind erhalten.
- **Mehr Wohngeld für mehr Menschen.** Im Schnitt gibt es 370 Euro pro Monat. 4,5 Millionen Menschen können Wohngeld erhalten, auch Mindestlohn-Bezieher:innen. Ab 2025 steigt das Wohngeld für 1,2 Millionen Haushalte weiter – um durchschnittlich 15 Prozent im Monat. Gerade Beschäftigte mit geringen Einkommen schützen wir so vor hohen Mieten und Nebenkosten.
- **300 Euro Energiepreispauschale.** Im September 2022 hat jede:r Arbeitnehmer:in über den Arbeitgeber die Pauschale erhalten. Mit der Energiepreisbremse haben wir die Kosten für Gas, Fernwärme und Strom begrenzt.

Niedriglohnsektor sinkt durch Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro:

19 %

April 2022

16 %

April 2023

Der Anteil der Jobs, in denen Niedriglöhne gezahlt werden, ist durch die Erhöhung des Mindestlohns von 19 auf 16 Prozent gesunken.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Februar 2024

46 Mio.

Menschen waren im September 2024 erwerbstätig. Rekord seit 1990!

Quelle: Statistisches Bundesamt, November 2024

Mehr Chancen

- **Mehr Pflegegeld und -sachleistungen.** Seit 2024 gibt es jeweils fünf Prozent mehr, 2025 weitere 4,5 Prozent. Pflegeunterstützungsgeld gibt es nun häufiger.
- **Job und Familie ermöglichen.** Berufstätige Eltern brauchen gute Kinderbetreuung. Wir sorgen für mehr Kita-Personal, bessere Sprachförderung und eine bessere Kindertagespflege. Der Bund unterstützt die Länder dabei auch 2025 und 2026 mit jeweils zwei Milliarden Euro.
- **Garantierter Ausbildungsplatz.** Schulabgänger:innen unterstützen wir seit April 2024 bei der Berufsorientierung durch geförderte Praktika in Ausbildungsbetrieben. Seit August 2024 greift die Ausbildungsgarantie: Wer keine Lehrstelle findet, hat Anspruch auf eine außerbetriebliche Berufsausbildung.
- **Mehr Weiterbildungschancen.** Sich im Beruf weiterzubilden, ist nun einfacher. Die Weiterbildungsförderung wurde im April 2024 auf alle Betriebe ausgeweitet.
- **Inklusion auf dem Arbeitsmarkt.** Arbeitgeber, die mindestens 20 Arbeitsplätze haben, müssen Schwerbehinderte beschäftigen. Bei Verstoß wird eine höhere Strafe fällig.

Bessere Arbeitsbedingungen

- **Mehr Schutz für Paketbot:innen.** Wir haben dafür gesorgt, dass Paketbot:innen bei schweren Paketen Unterstützung erhalten – entweder von Kolleg:innen oder durch den Einsatz eines technischen Hilfsmittels. Subunternehmern werden zudem stärker kontrolliert, ob sie Mindestlohn-, Arbeitszeit- und Arbeitsschutzvorschriften einhalten.
- **Mehr Pflegepersonal.** Und zwar durch Vorgaben für mehr Pflegekräfte in Kliniken und mehr Geld für Springerpools und andere Ausfallkonzepte. 2022 gab es einen Corona-Bonus für 280.000 Pflegekräfte.
- **Mehr Fachkräfte aus dem Ausland.** Wo Arbeitskräfte fehlen, wird es einfacher, ausländische Fachkräfte einzustellen. So müssen Berufserfahrene ihren Abschluss etwa nicht mehr anerkennen lassen.

- **Mehr Mitbestimmung.** Bei grenzüberschreitenden Verschmelzungen oder Spaltungen von Unternehmen haben Arbeitnehmer:innen nun mehr Mitspracherecht.

Unterstützung bei Arbeitslosigkeit

- **Bürgergeld eingeführt.** Wer arbeitslos wird, darf Wohnung und Ersparnis länger behalten. Seit Januar 2024 gibt

es für Alleinstehende 563 Euro im Monat. Wichtige Neuerungen: Weiterbildungsgeld, Coaching und höhere Freibeträge.

- **Hilfen bei Energiekosten.** Wer Arbeitslosengeld I bezieht, hat 2022 100 Euro erhalten. Für Empfänger:innen von Bürgergeld oder Grundsicherung im Alter gab es 200 Euro.

Lohnabstand bleibt nach Bürgergeld-Erhöhung gewahrt

Einkommen mit und ohne Erwerbstätigkeit ab 2024			
	Haushaltseinkommen bei Bürgergeld (pro Monat)	Haushaltseinkommen bei Mindestlohn (netto, pro Monat)	Differenz (pro Monat)
Single	966 €	1.498 €	532 €
Alleinerziehende, 1 Kind (14-17 Jahre)	1.693 €	2.328 €	635 €
Familie, 3 Kinder (14-17 Jahre)	3.514 €	3.943 €	429 €

Quelle: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut, September 2023

Im Fall „Mindestlohn“ wird beim Haushaltseinkommen von einer Wochenarbeitszeit von 38,32 Stunden zum Mindestlohn von 12,41 Euro ausgegangen. Insofern ein Anspruch besteht, wird Kindergeld, Wohngeld, Kinderzuschlag (inkl. Sofortzuschlag) und im Falle der Alleinerziehenden Unterhaltsvorschuss bezogen.

Im Fall „Bürgergeld“ ergibt sich das verfügbare Einkommen aus den Leistungen des Bürgergeldes ggf. zuzüglich des Sofortzuschlags. In beiden Fällen wurden identische Mieten und Mietbestandteile (Bruttokaltmiete, Heizungskosten) unterstellt.

Mehr Informationen:

Stand: November 2024. **Herausgeberin** SPD-Bundestagsfraktion, Josephine Ortleb MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

